

Gregor Gysi

## **Die Terroranschläge und die Folgen für die internationale und die deutsche Politik**

Noch immer finde ich es nicht einfach, über die Folgen und Konsequenzen dieser skrupellosen und menschenverachtenden Terrorangriffe auf die USA nüchtern und emotionslos zu sprechen. Diese reaktionäre Verachtung menschlichen Lebens geht über alles hinaus, was bisher unter dem unscharfen Begriff Terrorismus verstanden wurde. Die Terroranschläge richteten sich gegen die Symbole der Macht der USA – der ökonomischen, militärischen und politischen. Tausende Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, verschiedener Glaubensbekenntnisse und staatlicher Herkunft verloren an einem einzigen Tag ihr Leben. Das gehörte offenbar zum Zweck der

Anschläge. Nicht einmal der Versuch, die Zahl der menschlichen Opfer zu begrenzen, wurde gemacht.

Die Anschläge richteten sich zugleich gegen alle Werte der Zivilisation, gegen die Grundlagen des Völkerrechts, gegen Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Solidarität. Die Ziele wurden angegriffen ohne jede Rücksicht auf die möglichen politischen oder militärischen Folgen. Im Gegenteil: Der Angriff richtete sich nicht nur gegen die Träger und Symbole eines Systems, sondern gegen alle Menschen, die in diesen privilegierten Gesellschaften leben. Eine Besonderheit bestand auch darin, dass er zu unzivilisierten Reaktionen als Gegenreaktion aufzurufen schien. Es ist wahrlich ein Terrorismus von völlig neuer Dimension.

Wenn diesem Terrorismus Schranken gesetzt und neue Anschläge möglichst ausgeschlossen werden sollen, müssen die dafür Verantwortlichen gefaßt und bestraft werden. Die Terroristen und ihre Hintermänner müssen erfahren, dass die gerechte Strafe auch sie und gerade sie trifft. Das geht nicht ohne repressive Mittel. Auch muß es im Zusammenwirken mit den Staaten erfolgen. Würde sich jedoch ein Staat – trotz eindeutiger Beweise – weigern, Schuldige auszuliefern, müssen begrenzte und beschränkte Kommandoaktionen zur Ergreifung der Täter erlaubt sein. Unschuldige dürften nicht gefährdet werden. Im Prinzip wäre dies eine Polizeiaktion, aber ausgeführt vom Militär und damit eine beschränkte militärische Aktion.

Das aber ist etwas völlig anderes als Krieg oder Vergeltungsschläge, wie sie von den USA und ihren engsten Verbündeten seit dem 7. Oktober gegen Afghanistan erfolgen. Sie haben nicht mit Vernunft, sondern mit den Hauptwaffen des Terrorismus – Gewalt und Hass – reagiert. Nach den Worten des amerikanischen Präsidenten geht es nicht um einige Militäraktionen, sondern um eine langfristige, weltweite Kampagne. Man muß kein Prophet sein um vorauszusagen: Dieser Kurs wird seine eigenen Prioritäten entwickeln, neue globale und regionale Fronten und Allianzen zur Folge haben, vergleichbar dem unseligen Kalten Krieg, der das Bild der Welt über ein halbes Jahrhundert negativ bestimmte.

Es ist nicht ohne bittere Ironie, dass das Propagandavideo bin Ladens, in dem zum Heiligen Krieg aufgerufen wird, wahrscheinlich vor Kriegsbeginn produziert wurde, in der sicheren Gewißheit über die zu erwartende Reaktion der USA. Denn den Fernsehzuschauern in New York oder Berlin mag man weismachen können, dass „chirurgische Schläge“ gegen militärische Einrichtungen und terroristische Strukturen geführt werden. Die hungernde Zivilbevölkerung in Afghanistan, die Millionen Flüchtlinge im bevorstehenden Winter, die Menschen in Islamabad, in Bagdad oder im Gazastreifen stehen im Lichte ihrer Leiden und Opfer vor der Wahl, ob sie sich als Mitglied einer offenen, toleranten, multireligiösen Weltgemeinschaft oder als Opfer einer feindlichen westlichen Zivilisation verstehen sollen. Schon jetzt scheint sicher: Auch wenn eine politische Regelung für Afghanistan gefunden werden mag, wurde eine neue Generation von Terroristen erzeugt. Und wenn die USA, wie es gegenwärtig aussieht, als nächstes den Angriff auch gegen den Irak vortragen, ohne dass Beweise für eine direkte Verwicklung in die Anschläge vom 11.

September vorliegen, dürften Wut und Hass in der islamisch-arabischen Welt nicht mehr zu kalkulieren, geschweige denn zu kanalisieren sein.

Dabei schien sich nach dem 11. September auch in der amerikanischen Politik die Auffassung durchzusetzen, dass im Kampf gegen unsichtbare, weltweit operierende Terroristennetze die USA auf den „Osten“, aber auch auf den „Süden“ angewiesen sind und zwar existenziell. Die USA bemühten sich um die Unterstützung Rußlands, Chinas, Pakistans, des Irans, der ehemaligen mittelasiatischen Sowjetrepubliken, führender arabischer Staaten, der meisten islamischen Länder – und zwar nicht nur für die Stationierung von Flugzeugen und Soldaten, sondern für den Austausch von Informationen, für interkulturellen Dialog und Verständigung, um einen „Krieg zwischen den Religionen“, einen „Krieg der Kulturen“ zu verhindern. Das scheint mit den militärischen „Erfolgen“ in Afghanistan immer mehr zu verblassen.

Dabei müßte eine andere, keineswegs neue Erkenntnis ganz anders als bisher verinnerlicht werden: Hochentwickelte Gesellschaften sind höchst verwundbar. Keine noch so ausgeklügelte Waffe, kein Sicherheitsapparat, kein nationales Raketenabwehrsystem bieten absoluten Schutz gegen fanatisierten Terror. Das ist zugleich der Auftrag für eine neue Politik. Sie muss endlich die Schlußfolgerung umsetzen, dass Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander möglich ist. Konzepte der gemeinsamen Sicherheit, der Sicherheitspartnerschaft sind bereits früher gedacht worden. Sie sollten aus der Versenkung geholt und zu einer tragfähigen Sicherheitsarchitektur weiterentwickelt werden.

Die wichtigste Schlußfolgerung aus der Zeit nach dem 11. September ist daher: Der Kampf gegen den Terrorismus läßt sich gewinnen, ein Krieg gegen ihn jedoch nicht. Auch deshalb, weil er den Kampf auf das Militärische beschränkt. Die strategische Antwort auf den Terrorismus kann nur darin bestehen, der ganzen Welt, allen Staaten, Völkern, Menschen die wirtschaftlichen, sozialen, demokratischen und kulturellen Voraussetzungen zu erlauben, den vielgestaltigen, aber universellen Weg der Zivilisierung, der Kulturgesellschaft gehen zu können, d.h. sich gegen eine antiarabische, antiislamische Deutung dieser Konflikte zu wenden. Es ist kein Kulturkonflikt. Der Terrorismus hat eine lange europäische Geschichte. Und es war die arabisch-islamische Welt, die Kultur und Geist der abendländischen Antike über die Finsternis des christlich geprägten Mittelalters gerettet hat. Die Konflikte sind vielmehr Ausdruck der auf vielen Seiten vorhandenen Unkultur, nicht zu friedlichen, gerechten, sozialen Lösungen imstande zu sein. Sie sind Ausdruck von Unterentwicklung und Ausbeutung.

Es geht um die Organisation eines doppelten Prozesses: die Bekämpfung des Terrorismus und die Lösung jener Probleme, aus denen seine Unterstützung erwächst. Die Menschheit von heute ist über ihre Wirtschafts- und Finanzkreisläufe, die modernen Technologien und Verkehrsstrukturen, über Informationsquellen und Internet zusammen gerückt. Die Zeit ist vorbei, da der Großteil der Menschheit nicht wusste, wie die Menschen anderswo leben. Soziale, ökonomische und andere Widersprüche erlangen unter diesen Umständen neues Gewicht. Einerseits gibt es gemeinsame,

den ganzen Globus umspannende Herausforderungen wie die Umweltzerstörung. Aber zugleich geht es um Entwicklungsunterschiede, die mehrere Jahrhunderte umfassen. Und es ist bei weitem keine Selbstverständlichkeit, dass sich Gesellschaften, die aus unserer westlichen Perspektive in vielerlei Hinsicht mit unserem eigenen Stand vor vielleicht 500 Jahren vergleichbar sind, in genau derselben Weise weiter entwickeln, wie es bei uns geschehen ist, zumal wir es sind, die oft genug ihre Entwicklungspotenziale vernichten.

Wenn dies ein internationaler Konflikt ist, dann muss er in völkerrechtlicher Weise internationalisiert werden. Auch im Interesse der USA kann es nicht um deren unilaterale Herrschaft, sondern muss es um die Zurückgewinnung und Stärkung der UNO, um eine aktive Rolle der Europäischen Union, der Arabischen Liga und anderer internationaler Organisationen gehen, um eine Demokratisierung der internationalen Beziehungen, um integrierte, aber auch eigenständige wirtschaftliche, soziale und nicht zuletzt kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten für den Süden und Osten dieser einen Erde.

Besonders wichtig ist die Stärkung der bedrohten Vereinten Nationen. Sie ist die einzig vernünftige Antwort auf den internationalen Terrorismus. Wenn ihm der Nährboden entzogen werden soll, geht es nicht nur um Beseitigung der Armut, des Hungers, des Mangels an Bildung, sondern es geht um eine stabile Integration. Dafür muß jetzt endlich die UNO reformiert, demokratisiert werden. Und dafür brauchen wir nicht mehr und nicht weniger als einen globalen, das historische Vorbild weit übersteigenden Marshallplan. Es darf nicht dazu kommen, dass wir auf die existenziellsten Herausforderungen menschlicher Geschichte mit globaler Regulierung der sozialen und politischen Verhältnisse reagieren, und als einzige Regulierungsform atomare und hochtechnologische Militärmacht und restriktive Polizeistaatlichkeit übrig bleiben.

Diese generellen Schlußfolgerungen gelten im besonderen für die deutsche Politik. Sie sollte sich glaubhaft und aktiv für diese Ziele einsetzen. Und sie hat – nach dem Geschenk der friedlichen deutschen Vereinigung – dazu allen Grund. Umso mehr, als ihre damals Verantwortlichen nicht unbeteiligt daran sind, dass die Chancen des Jahres 1989 für ein anderes Leben auf dieser Erde nicht genutzt wurden.

Schröder und Fischer sind mit ihrem Versprechen der „uneingeschränkten Solidarität“ in die Falle der Vasallentreue marschiert und haben sich den amerikanischen Eskalationsrisiken unterworfen. Vom Bundestag ließen sie sich die Blankovollmacht zum Kriegführen erteilen. Daran kann auch die angestrenzte „Pendeldiplomatie“ des Außenministers oder die anzuerkennende deutsche Gastgeberrolle für die Petersberg-Konferenz nichts grundsätzlich ändern. Ihre Ergebnisse müssen ohnehin den Probelauf in Afghanistan selbst bestehen.

Im Kern laufen die deutschen Hauptaktivitäten nach wie vor auf den absehbaren Einsatz der Bundeswehr sowie eine Einschränkung der Freiheitsrechte, des Rechts auf Asyl und Einwanderung hinaus. Im Grunde hat das weder juristisch noch politisch viel mit dem Kampf gegen den Terrorismus zu tun. Wenn jetzt der Außenein-

satz der Bundeswehr präferiert wird statt Konzepte für eine neue wirtschaftlich-soziale Weltordnung mit Priorität voranzutreiben, wenn jetzt faktisch Notstandsgesetze neuaufgelegt werden sollen statt die Bürgerrechte zu verteidigen und sich schützend vor die friedlichen Mitbürgerinnen und Mitbürger arabischer Herkunft oder islamischen Glaubens, überhaupt Ausländerinnen und Ausländer zu stellen, dann wird gegen die offene und freie Gesellschaft mobilisiert. So ist die für alle spürbare Entsicherung des Lebens nicht zu überwinden. Andererseits gibt es notwendige und glaubhafte Konzepte für höhere öffentliche Sicherheit, die umgesetzt werden müssen. Die Menschen haben ein berechtigtes Bedürfnis nach Sicherheit. Deutsche Politik muß auf Weltoffenheit, Modernität und Solidarität gerichtet bleiben!

*Dr. Gregor Gysi, MdB*